

Antrag 253/I/2025**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AG Fraktionsvorsitzende (Konsens)****Aufwandsentschädigung an die Ausübung des Mandats binden**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin wird
2 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Aufwands-
3 entschädigung für die Bezirksverordneten an die Aus-
4 übung des Mandats gebunden wird und nur zur Auszah-
5 lung gelangt, wenn die/der Bezirksverordnete ihren/sei-
6 nen Pflichten als Bezirksverordnete/r nachkommt. Das
7 bedeutet, dass ergänzend zum Bezirksverwaltungsgesetz
8 eine Entschädigungssatzung für die Mitglieder der Be-
9 zirksverordnetenversammlungen verabschiedet werden
10 soll. Kommen Bezirksverordnete Ihren Pflichten länger
11 als 2 Monate nicht nach, wird für den darüberhinaus-
12 gehenden Zeitraum keine Aufwandsentschädigung ge-
13 währt. Gesundheitliche Gründe sind hiervon ausgenom-
14 men. Der/dem Bezirksverordneten obliegt die Nachweis-
15 pflicht hinsichtlich der Mandatsausübung bei versäumten
16 Sitzungsterminen, die über den Zeitraum von 2 Monaten
17 hinausgehen.

18

19 Begründung

20 Es kommt immer wieder vor, dass sich Bürgerinnen oder
21 Bürger für ein Mandat in den Bezirksverordnetenver-
22 sammlungen zur Wahl stellen, gewählt werden und ihr
23 Mandat nicht ausüben, sondern lediglich die Aufwands-
24 entschädigung beanspruchen. Hier sollte das Land Ber-
25 lin, wie in vergleichbaren Kommunen bereits erfolgt,
26 schnellstmöglich ergänzend zum Bezirksverwaltungsgesetz
27 eine Entschädigungssatzung für die Mitglieder der
28 Bezirksverordnetenversammlungen verabschieden. Hier
29 sind eindeutige Bedingungen für die Entschädigung des
30 Aufwandes in Zusammenhang mit dem Mandat zu defi-
31 nieren.